

---

# Anmerkungen zu einer erstarrenden Gesellschaft.

## Sozialer Auf- und Abstieg in Deutschland

Stefan Hradil

Deutschland ist in mehrerer Hinsicht im Begriff zu erstarren. Die Sklerose betrifft manche Organisationen (zum Beispiel im Bildungswesen) und etliche rechtliche Regelungen (zum Beispiel im Arbeitsrecht), sie berührt aber auch die soziale Mobilität. Besonders von Erstarrung gekennzeichnet sind hierzulande Auf- und Abstiege. Vor allem aus den unteren Schichten unserer Gesellschaft steigen immer weniger Menschen in die gesellschaftliche Mitte auf. Diese Chance steht ihnen auch immer seltener vor Augen. Viele Arbeiter sind schon zufrieden, ihre derzeitige Stellung bewahren zu können. Das ist ein Missstand.

Die Fähigkeit und die Möglichkeit, entsprechend der eigenen Tüchtigkeit aufsteigen zu können, motiviert die Menschen und gibt ihnen das Gefühl, in einer gerechten Gesellschaft zu leben. Für die Gesellschaft sind soziale Aufstiege eine Quelle der Integration, der Produktivität und der Innovation. Um so bedenklicher ist es, dass dieser Aspekt der individuellen Lebensführung und der sozialen Gerechtigkeit in letzter Zeit weniger beachtet wird als andere, wie etwa die Absicherung durch sozialstaatliche und tarifvertragliche Regelungen. Das sollte uns veranlassen, die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zu verbessern und in den Vordergrund zu rücken.

Beginnen wir mit einigen wenigen Daten:

### *Einige Zahlen*

Die Jahre von 1940 bis zum Beginn der 1950er waren für die meisten Deutschen gewiss keine „gute Zeit“. Gleichwohl hatten die Männer, die 1940 geboren wurden und in Krieg und Nachkriegsnot aufwuchsen, eine doppelt so große Chance, in die gehobene Mitte der Führungskräfte und hochqualifizierten Spezialisten aufzusteigen als die 1971 geborenen Männer (Mayer/Aisenbrey, 2007, S. 142). Dass die 1971 Geborenen anders als der Geburtsjahrgang 1940 im Wohlstand aufwuchsen, änderte an ihren schlechteren Aufstiegschancen nichts. Für Frauen gilt im Übrigen das Gleiche. Die beruflichen Aufstiegschancen sanken im Generationenvergleich auch für Frauen.

Betrachten wir nach dem beruflichen Aufstieg nun den Einkommensaufstieg: Der Anteil der extremen Aufsteiger, die innerhalb von vier Jahren vom untersten in das zweithöchste Fünftel der Einkommensbezieher gelangten, stieg in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren deutlich an. Er sank danach aber rapide ab, von über 8 Prozent auf 4,5 Prozent. Für die nicht ganz so extremen Einkommensaufsteiger, die es innerhalb von vier Jahren vom zweitniedrigsten in das zweithöchste Fünftel schafften, sanken die Chancen erst ab 1997, dann aber ebenfalls deutlich, von 11 Prozent auf unter 8 Prozent. Was seit Mitte der 1980er und während der gesamten 1990er Jahre jedoch anstieg, waren die Anteile jener, die stabil in der gehobenen Einkommensmitte verharrten. Ende der 1990er blieb schon fast die Hälfte der Bezieher gehobener Einkommen mindestens vier Jahre lang da, wo sie waren (Datenreport 2006, S. 622).

Nach anderen Berechnungsmethoden ergibt sich ein ähnliches Bild: 18 Prozent der Bezieher gehobener Einkommen (4. Fünftel) blieben sieben Jahre lang, von 1993 bis 1999, in dieser Einkommensklasse. Im Zeitraum von 1994

bis 2000 war dieser Anteil der Einkommensstabilen auf 23 Prozent angestiegen (Sopp, 2005, S. 191).

### *Die Nachkriegszeit*

Wie groß die Bedeutung jener Zahlen ist, wird deutlich, wenn man zum Vergleich in die Nachkriegszeit zurück geht. Wiederaufbau und Technisierung ließen in den 1950er und 1960er Jahren die Mittelschichten schnell wachsen und überdurchschnittlich wohlhabend werden. Das zunehmende Angebot an Positionen der gesellschaftlichen Mitte schuf einen Aufstiegsog und ermöglichte vielen tüchtigen und aufstrebenden Facharbeitern und Bauern den gesellschaftlichen Aufstieg, oft selbst dann, wenn sie nicht über die entsprechende formelle Ausbildung verfügten. Sie wurden schlicht gebraucht. Die Mitte war das begehrte Ziel gesellschaftlichen Aufstiegs, das oft auch erreicht wurde. Aufstiegsstreben kennzeichnete große Teile der Bevölkerung, auch und gerade die Arbeiterschaft. Die Existenz einer wachsenden und prosperierenden gesellschaftlichen Mitte signalisierte der breiten Bevölkerungsmehrheit bis in die 1970er Jahre hinein, dass Aufstiegshoffnungen verwirklicht werden konnten, dass die deutsche Gesellschaft gerecht war und „dem Tüchtigen freie Bahn“ öffnete. Auf diese Weise hielten Aufstiege die westdeutsche Gesellschaft materiell und immateriell zusammen.

Das Denken und Verhalten der Mittelschichten war in der Nachkriegszeit noch weitgehend bürgerlich, insbesondere bildungsbürgerlich geprägt. Ausgeprägtes Bildungs- und Leistungsstreben, Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein bei einer sparsamen, weitgehend asketischen Lebensweise waren charakteristisch. Dies wurde zum Vorbild in Erziehung und Familie, auch für große Teile der Arbeiterschaft. Langfristig anvisierte Zielsetzungen, Beloh-

nungsaufschub zu Gunsten von Zukunftsinvestitionen, Exzellenz-Sein-Wollen sowie Pflichtbewusstsein, Ordnungsliebe und Fleiß waren die vorherrschenden erzieherischen Werte.

### *Die Wohlstandszeit*

Trotz erster wirtschaftlicher Rezessionen wuchs in den 1970er und 1980er Jahren das Arbeitsplatzangebot in der gesellschaftlichen Mitte weiter an. Angestellte und Beamte machten einen immer höheren Anteil an den Erwerbstätigen aus. Die Arbeitslosigkeit, die durch Industrieabbau und den Trend zu Dienstleistungstätigkeiten seit 1973 entstand, betraf in erster Linie gering qualifizierte Industriearbeiter, vor allem im Montanbereich. Auch die ökonomische Lage der gesellschaftlichen Mitte blieb in den 1970er und 1980er Jahren vorteilhaft. Ihre Einkommen wuchsen überdurchschnittlich. Eine ausgebaute soziale Sicherung, die auch im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit den Lebensstandard weitgehend bewahrte, befreite von materiellen Sorgen.

Die Mitte war also auch noch in der Wohlstandsphase der 1970er und 1980er Jahre ein begehrtes, da prosperierendes, und ein realistisches, da wachsendes, Aufstiegsziel.

Seit Mitte der 1960er Jahre stiegen jedoch die technologischen und ökonomischen Ansprüche an die Arbeitenden immer mehr an. Dies führte dazu, dass höhere formale Qualifikationen unerlässlich für einen Platz in den Mittelschichten wurden. Personen, die nicht über höhere (Aus-)Bildungsabschlüsse verfügten, hatten kaum noch Hoffnungen, in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen oder, waren sie schon dort, weiter in ihr aufzusteigen. Die Bildungsexpansion der 1970er und 1980er Jahre sorgte zwar dafür, dass diese Qualifikationen ausreichend zur Ver-

fügung standen; die Bildungsexpansion trug also zum weiteren Wachsen der gesellschaftlichen Mitte bei.

Damals zeigte sich aber, dass die Kinder der unteren sozialen Schichten relativ schlechte Chancen hatten, die höheren Bildungsabschlüsse zu erlangen, die nunmehr unerlässlich für den Aufstieg in die gesellschaftliche Mitte waren. Unter anderem deswegen wurde Mitte der 1960er Jahre die „Bildungskatastrophe“ ausgerufen. An dieser Chancenungleichheit änderte sich seither wenig. So wurde allmählich deutlich, dass die gesellschaftliche Mitte sich in immer höherem Maße aus sich selbst rekrutierte.

Der kulturelle Vorbildcharakter der gesellschaftlichen Mitte und die Durchsetzung bürgerlicher Werte gingen allmählich zurück. Denn Prozesse des Wertewandels, der Pluralisierung von Familienformen und der Individualisierung waren in den 1970er und 1980er Jahren gerade für die Mentalitätsentwicklung der gesellschaftlichen Mitte kennzeichnend. Und diese Prozesse nahmen nur Teile der bürgerlichen Werte auf, wie das Streben nach Autonomie und Individualität, nicht aber zum Beispiel die bürgerliche Familien-, Pflicht- und Traditionsorientierung.

### *Die Stagnationszeit*

Seit den 1990er Jahren wuchsen in der gesellschaftlichen Mitte nachweislich Unzufriedenheit und Besorgnisse, insbesondere unter qualifizierten und hochqualifizierten Angestellten (jedoch nicht unter Beamten). Das ist neu. Die Angst kletterte sozusagen die Bürotürme hoch. Sorgen im Hinblick auf Abstieg, Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust fanden sich zwar unter un- und angelernten Arbeitern nach wie vor bedeutend häufiger als in der gesellschaftlichen Mitte. Dort aber breiteten sie sich seit den 1990er Jahren aus.

Nicht alle dieser Sorgen der gesellschaftlichen Mitte sind berechtigt. So bleibt z. B. ihr Arbeitslosigkeitsrisiko nach wie vor unter 4 Prozent und ist damit immer noch gering. Aber einige Befürchtungen der gesellschaftlichen Mitte haben schon einen realen Hintergrund:

- Die *Arbeitszeiten* werden vielfach länger. Für viele jüngere qualifizierte Angestellte sind sie überlang und geradezu familienunverträglich geworden. Auch Arbeitsintensität und -druck nehmen weithin zu. Dies führt – auch bei Männern, aber erst recht bei Frauen – nicht selten dazu, sich diesen Arbeitsbedingungen zu verweigern und das berufliche Engagement zu reduzieren.
- Der *Bevölkerungsanteil* der gesellschaftlichen Mitte stagniert. Versteht man unter der gesellschaftlichen Mitte alle qualifizierten Erwerbstätigen in gehobener Stellung im Dienstleistungsbereich, so wuchs die gesellschaftliche Mitte in diesem Sinne bis Mitte der 1990er Jahre auf ca. 45 Prozent der Erwerbstätigen an. Seither blieb es in Westdeutschland aber bei diesem Anteil.
- Gemessen am Einkommensmittel wachsen seit den 1990er Jahren auch die durchschnittlichen *Netto-Einkommen* in der gesellschaftlichen Mitte nicht mehr. Zwar nahmen die Bruttoeinkommen der Dienstleistungsmittelschichten sehr wohl noch überdurchschnittlich zu, nicht aber die Nettoeinkommen. Denn die Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben haben gerade in der gesellschaftlichen Mitte zugenommen. Hinzu kamen Belastungen, die sich in der gesellschaftlichen Mitte besonders stark auswirkten: die Eigenheimzulagen wurden gestrichen, die Pendlerpauschalen gekappt, Arbeitszimmer sind nicht länger steuerlich absetzbar, Studienplätze der Kinder sind gebührenpflichtig usw.
- Die *Sozialpolitik* wird allmählich umgestaltet. Sie sichert immer weniger den bisherigen Lebensstandard

und immer mehr nur das Existenzminimum. Typisch hierfür ist die Einführung des Arbeitslosengeldes II. Der (reduzierte) Lebensstandard bleibt im Falle längerer Arbeitslosigkeit nur einige Monate erhalten, dann erfolgt der Sturz auf Sozialhilfeniveau. Das ereignet sich faktisch aus Stellungen der gesellschaftlichen Mitte heraus zwar nicht sehr häufig. Das vermehrt aber gerade in der gesellschaftlichen Mitte die Sorgen. Denn die Mitte hat im Falle längerer Arbeitslosigkeit nun viel mehr zu verlieren als etwa die Arbeiterschicht.

Die aufgezeigten Veränderungen stellen sicher keine Umwälzung dar. Die Mittelschichten verelenden nicht. Die Sozialstruktur Deutschlands ist nicht auf dem Weg von einer „Zwiebel“ hin zu einer „Sanduhr“. Aber was soziale Aufstiege betrifft, so ist der soziale Wandel bedeutsam: Stagnieren die Lebensbedingungen der Mittelschichten im Vergleich zu den unteren Schichten, muss man in der Mittelschicht im Vergleich zu unteren Schichten bei gleichem Nettolohnabstand immer länger arbeiten, so verblasst das Aufstiegsziel Mittelschicht. Stagniert der Anteil der Mittelschichten an den Erwerbstätigen, so schwächt sich der strukturelle Aufstiegszog ab, der sich in Deutschland jahrzehntelang durch wachsende Mittelschichten ergeben hatte.

Sozialer Aufstieg, diesen Schluss lassen die gezeigten Entwicklungen zu, wird seit den 1990er Jahren immer weniger wünschenswert, weil das Ziel immer weniger attraktiv ist, und weniger realistisch, weil die Zielgruppe kleiner wird. Die eingangs vorgestellten Daten zur Aufstiegsmobilität zeigen, dass diese Schlussfolgerung der Realität genau entspricht. Soziale Aufstiege in die Mitte nehmen ab.

Der Schlüssel zum sozialen Aufstieg heißt eindeutig Bildung. Ein 35-Jähriger, der über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss verfügte, hatte in den letzten Jahr-

zehnten eine etwa 12 Mal so große Chance, in die Mitte aufzusteigen, als der Absolvent eines Mittleren Bildungsabschlusses (mittlere Reife mit oder ohne Ausbildungsabschluss; Mayer/Aisenbrey, 2007, S. 142). Berücksichtigt man, dass die Ungleichheit der Bildungschancen in Deutschland (Geißler, 2006, S. 273–300; Hradil, 2006, S. 129–166) im internationalen Vergleich sehr groß ist und in letzter Zeit eher zu- als abnimmt, so heißt das: Die Ursachen der zurückgehenden Aufstiege in die gesellschaftliche Mitte liegen nicht nur in deren Stagnation, sondern auch in einer Bildungsbarriere, die Kinder unterer Schichten (und aus Migrantenfamilien) in Deutschland vergleichsweise selten überwinden.

Mancher mag einwenden, so dramatisch sei dies nicht. Auch eine „stabile“ Gesellschaft, in der Kinder in der Regel der gleichen Schicht wie ihre Eltern angehören, könne bestehen. Das trifft jedoch nicht zu. In modernen Gesellschaften stellen individuelle Leistung und gleiche Chancen, individuelle Leistungsfähigkeit zu entwickeln, vorrangige Kriterien dar, gesellschaftliche Positionen legitim zu erlangen. Mangelt es an Leistungs- und/oder an Chancengerechtigkeit, so wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Das beschädigt die Motivation und die Produktivität der Menschen, erzeugt Konflikte und gefährdet schließlich den Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Ganzen.

### *Was hält unsere Gesellschaft zusammen?*

Führt man sich die herkömmlichen Bänder vor Augen, die moderne Gesellschaften zusammen halten, so gelangt man zur beunruhigenden Feststellung, dass die meisten davon in Deutschland (aber auch in vielen anderen Ländern) in letzter Zeit schwächer wurden.



- Traditionell wurden Gesellschaften durch gemeinsame Werthaltungen und Kulturmuster integriert. Hierzu gehörten in der Regel die gemeinsame Sprache, gemeinsame Sitten und eine gemeinsame Religion. In pluralen Gesellschaften, die durch Zuwanderung, durch die Aufächerung von Lebensstilen, Lebensformen, sozialen Milieus sowie durch Individualisierungsprozesse im Innern immer unterschiedlicher werden, wird das Band einer gemeinsamen Kultur immer dünner. Als Werthaltungen und Kulturmuster, die plurale Gesellschaften zusammen halten können, gelten daher immer häufiger die elementaren Menschen- und Grundrechte und sonst kaum etwas.
- Moderne Gesellschaften, vor allem Industriegesellschaften, halten zusammen, weil sie sich funktional ausdifferenzieren und die jeweils spezialisierten Teile immer mehr aufeinander angewiesen sind. Gewerkschaften wissen daher zum Beispiel, dass sie nur noch bestimmte Zulieferer bestreiken müssen, um die gesamte Automobilindustrie lahm zu legen. Aber: Sind in postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften wirklich noch alle Komponenten aufeinander angewiesen? Werden zum Beispiel viele der gering qualifizierten Erwerbstätigen wirklich noch gebraucht? Werden bestimmte Standardindustrien oder große Teile der einheimischen Landwirtschaft noch wirklich benötigt? In dem Maße, in dem die Antwort „nein“ heißt, wird aber auch das integrierende Band des Aufeinander-Angewiesen-Seins brüchig.
- Der Sozialstaat hält moderne Gesellschaften zusammen, indem er umverteilt. Die Unterstützung von Schwachen und Verlierern integriert, weil (unter anderem) die Befriedigung von Bedürfnissen und das Anstreben von sozialer Gleichheit als „gerecht“ gelten. Allerdings wird auch dieser Kitt bröckelig. Viele Daten

weisen darauf hin, dass sozialstaatliche Verteilung immer weniger in der Lage ist, Disparitäten zu überbrücken und Randlagen zu vermeiden. Dafür sorgen unter anderem die Standortkonkurrenz im globalen Wettbewerb und die demografischen Herausforderungen. Zudem erzeugt eine forcierte sozialstaatliche Umverteilung, mag sie auch integrieren, wirtschaftliche „Flurschäden“. Die wichtigsten hierunter sind Beschäftigungsrückgang und Arbeitslosigkeit sowie Auswanderung der Qualifiziertesten.

### *Wettbewerb und Aufstiegsstreben als integrative Kraft*

Wenn die bisher genannten Integrationsmechanismen schwächer werden, dann sollte man sich daran erinnern, dass auch Wettbewerb und Aufstiegsstreben in der Lage sind, eine Gesellschaft zusammen zu halten. Dieses Mittel, den Zusammenhalt zu fördern, ist zudem von sehr förderlichen Nebenwirkungen begleitet. Es spornt die Menschen an, fördert ihre Autonomie und stärkt die Wohlfahrt des Gemeinwesens.

Manche Prämissen des Integrationsmechanismus „Wettbewerb um Aufstieg“ laufen den Grundlagen des zuletzt genannten Integrationsmittels „sozialstaatliche Umverteilung“ geradezu entgegen. Denn Aufstiegsstreben hält nicht durch die Beseitigung, sondern durch die Anerkennung von Statusunterschieden die Gesellschaft zusammen. Und nicht das Bild eines passiven und empfangenden, sondern eines aktiven, selbstbewussten und leistenden Menschen bildet das Fundament. Und vor allem hebt sich der Integrationsmechanismus des Wettbewerbs um Aufstieg von dem zuvor genannten dadurch ab, dass er ungemein produktiv, also Werte schaffend und nicht Werte verzehrend ist.

Allerdings müssen wenigstens drei Voraussetzungen gegeben sein, damit Wettbewerb und Aufstiegsstreben zum Zusammenhalt einer Gesellschaft beitragen können.

- Erstens müssen die Wettbewerber insgesamt realistische Möglichkeiten für einen sozialen Aufstieg sehen. Die Gesamtmenge der Aufstiegsmöglichkeiten sollte so groß sein, dass ein erheblicher Anteil der Wettbewerber aufsteigen kann. Wenn irgend möglich, sollte die Menge der Zielpositionen wachsen. Wenn klar ist, dass am Ziel der Aufstiegsbestrebungen nur für wenige Aspiranten Platz ist oder dieser Platz schrumpft, werden Aufstiegsanstrengungen mühsam. Unter Umständen lohnt sich die Mühe nicht.
- Zweitens müssen die Konkurrenten davon überzeugt sein, dass die Aufstiegsregeln transparent und für alle gleich sind. Dies betrifft insbesondere die Leistungsdefinitionen und -messungen in Schule und Beruf.
- Drittens sollten die Wettbewerber das Gefühl haben, dass hinreichend gleiche Aufstiegsvoraussetzungen bestehen. Die Chancen, leistungsfähig zu werden, sollen erkennbar für alle gegeben sein. Das heißt nicht unbedingt, dass die Lebensbedingungen aller Menschen gleich sein müssen. Das heißt aber wohl, dass den Wettbewerbern keine kollektiven Diskriminierungen, keine institutionelle Unfairness und keine systematischen Bildungsbarrieren bekannt sein dürfen, die Teile von ihnen benachteiligen. Sonst wird der Wettbewerb um Aufstieg von der zentripetalen zur zentrifugalen Kraft.

### *Eine Politik der Aufstiegsförderung*

An wen richtet sich eine dementsprechende Politik der Aufstiegsförderung? Die mittleren Schichten in Deutschland stagnieren nicht nur was ihre Größe betrifft. Einen

weiteren Aspekt der Stagnation stellt die weitgehende Selbstrekrutierung der mittleren Schichten dar. Unter den Erwerbstätigen der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland finden sich – verglichen mit anderen modernen Ländern – besonders wenige Frauen, sehr wenige Menschen, die aus unteren Schichten stammen, und noch weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Hinweise zeigen bereits, wessen Aufstieg zu fördern sein wird.

Wie kann der Aufstieg dieser sozialen Gruppen gefördert werden? Auf der Seite der Arbeitsplätze sollte der Zielbereich des Aufstiegs, die Mittelschichten also, verbreitert und attraktiver gemacht werden. Dazu sind Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich mit anspruchsvollen Aufgaben zu fördern. Dazu sind ferner die Belastungen der mittleren Schichten in finanzieller Hinsicht und im Hinblick auf die Arbeitszeiten zu senken.

Auf der anderen Seite sollte eine Politik der Aufstiegsförderung eine allmähliche Umkehr einleiten: Auch wenn die verstärkten Sorgen der Menschen verständlicherweise oft nach wohlfahrtsstaatlicher Absicherung verlangen: Eine Politik, die die Menschen gegen die Risiken der Globalisierung und des Marktes abzusichern versucht und umverteilt, hat wenig Zukunft. Sie ist nicht zu finanzieren und sie kuriert lediglich an Symptomen. Sie vermittelt daher nur vordergründig ein Sicherheitsgefühl.

Eine Politik, die den Menschen die Ressourcen an die Hand gibt, um in Markt und Globalisierung bestehen zu können, ist dagegen nachhaltig. Denn sie investiert und sie setzt an Ursachen an. Als Mittel einer solchen Politik sind unter anderem mehr Bildung, mehr Bildungschancen und mehr Weiterbildung gerade auch in bildungsfernen Milieus geeignet. Dazu dient auch die Vermehrung bürgerlicher Aktivitätsräume in Gemeinde und Nachbarschaft. Dazu verhelfen schließlich Elemente direkter Demokratie. Das Gefühl der Sicherheit erwächst nachweislich mehr aus

der eigenen Kraft, sich behaupten und erfolgreich bestehen zu können, und weniger aus der Zuversicht, dass eine äußere Macht für mich sorgen wird.

Eine Politik der Aufstiegsförderung, die den genannten Voraussetzungen entspricht, ist in der Lage, manche Erstarung zu lösen, unter denen unser Land heute noch leidet. Sie würde den Menschen Ziele vor Augen führen, ihnen Aktionsräume für ihr eigenes Fortkommen und für die Gestaltung des Gemeinwesens schaffen, ihnen letztlich mehr Freiheit und zugleich mehr Sicherheit als heute geben. Sie würde auch längerfristig Politik und öffentliche Kassen entlasten. Eine Politik des Aufstiegs wäre in letzter Konsequenz nicht eine Politik „für“, sondern eine Politik „durch“ die Menschen.

### *Literatur*

*Statistisches Bundesamt* (zus. mit WZB und ZUMA): Datenreport 2006. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006.

*Geißler, Rainer*: Die Sozialstruktur Deutschlands. 4. Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag, 2006.

*Hradil, Stefan*: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. 2. Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag, 2006.

*Hradil, Stefan*: Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht. Frankfurt am Main: Societäts Verlag, 2007, S. 163–226 (zus. mit Holger Schmidt).

*Hradil, Stefan*: Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik 2 (2007), S. 189–202 (Kurzfassung).

*Mayer, Karl Ulrich/Aisenbrey, Silke*: Variations on a Theme: Trends in Social Mobility in West Germany for Cohorts born between 1919 and 1971, in: Scherer, Stefanie/Pollak, Reinhard/Otte, Gunnar/Gangl, Markus (Hrsg.): From Origin To Destination. Trends and Mechanisms in Social Stratification Research. Frankfurt/Main: Campus, 2007, pp. 125–157.

*Sopp, Peter M.*: Abspaltung oder Polarisierung? Einkommensungleichheit und Einkommensmobilität in Deutschland 1984–2000. Berlin: Logos, 2005.